Diskussionspapier zum Grünen Wirtschaftskongress „Die neue GründerZeit – Kongress für nachhaltiges Wirtschaften“, Mainz, 12.-13. Juni 2015

Entstanden unter Mitwirkung von Cem Özdemir, Dr. Anton Hofreiter, Tarek Al-Wazir, Kerstin Andreae, Dr. Danyal Bayaz, Reinhard Bütikofer, Katharina Dröge, Dieter Janecek, Oliver Krischer, Eveline Lemke, Andrea Lindlohr, Max Löffler und Dr. Gerhard Schick.

Die neue GRÜNderzeit

Für eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft, die fair und innovativ ist!

Wir sind überzeugt: wir können besser als heute wirtschaften. Mit effizienter Kreislaufwirtschaft können Rohstoffe immer wieder neu verarbeitet werden. Energie lässt sich bald zu 100% durch Wind, Sonne, Wasser und Biogas erzeugen. Unsere Lebensmittel könnten Dank neuem Wissen und anderen Techniken so hergestellt werden, ohne dass Böden und Grundwasser vergiftet und Tiere gequält werden. Die Chemieindustrie kann Stoffe ohne den Rohstoff Öl entwickeln und die Produktion in größeren Teilen auf Bioplastik umstellen. Fortbewegen können wir uns in Zukunft mit Hilfe von Wind und Sonnenenergie statt Diesel und Benzin – und zwar so, dass wir schnell und flexibel von A nach B kommen ohne Staufrust und lästige Parkplatzsuche. Es lassen sich Anreize und Leitplanken setzen, so dass Unternehmen mit ihren MitarbeiterInnen verantwortungsvoll und mit den natürlichen Ressourcen sorgsam umgehen. Wir wollen, dass Finanzmärkte ihre Hauptaufgabe wahrnehmen und der Realwirtschaft dienen. Mit der Digitalisierung können wir die Grundlage für nachhaltiges Wirtschaften schaffen, da zusätzliche Informationen und gezielte Steuerung von Prozessen erhebliche Einsparungen mit sich bringen.

Wir GRÜNE wollen deshalb unsere Wirtschaft erneuern. Für uns ist Wirtschaft nur dann erfolgreich, wenn Gewinne nicht auf Kosten der Umwelt, anderer Menschen oder zukünftiger Generationen erwirtschaftet werden. Unser Ziel ist eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft, mit der wir unsere Lebensgrundlagen erhalten, eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung erreichen und zukunftsfähigen Wohlstand für alle schaffen können. Gute Wirtschaftspolitik gestaltet die Art und Weise, wie wir produzieren und konsumieren, wie wir Handel treiben und Arbeit und Ertrag verteilen, und achtet dabei die individuelle Freiheit der Menschen. Wirtschaftliche Sicherheit und die Chance auf ein Einkommen, mit dem sie am gesellschaftlichen Leben auch wirklich teilhaben können, sind Grundanforderungen der Bürgerinnen und Bürger an die Politik.

Unsere wirtschaftspolitischen Ziele sind deshalb so ambitioniert, weil die Herausforderungen so groß sind. Die derzeitige Wirtschaftsweise hat den Klimawandel dermaßen beschleunigt, dass uns ein „Weiter-so“ in klimatische Veränderungen führt, die noch kein Mensch erlebt hat. Wir gestalten die ökologische Wende, um die erreichten zivilisatorischen Standards und einen

zukunftsfähigen Wohlstand für alle Menschen zu sichern. Die derzeitige Wirtschaftsweise verursacht das Sterben tausender Arten; sie führt dazu, dass die Ozeane übersäuern und vermüllen; sie verschwendet wertvolle Ressourcen, zerstört die Böden und lässt kostbares Trinkwasser knapp werden. Der Mensch betreibt Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen, wir stoßen dabei an die Tragfähigkeitsgrenzen des Planeten. Damit ist die ökologische Frage längst zu einer sozialen Frage geworden, denn unter den Umweltschäden leiden gerade jene Menschen, die sich am wenigsten selbst helfen können. Wenn intakte Natur, sauberes Wasser oder Nahrung, die frei von Giften ist, knapp werden, wenn die Orte, die vor Stürmen, Dürren und Hochwasser schützen, weniger werden, dann wird privater Reichtum noch viel stärker über Wohl und Wehe des Einzelnen entscheiden.

Wie wir wirtschaften, ist auch mit Blick auf unsere Gesellschaft nicht nachhaltig. Viele internationale Konzerne entziehen sich immer mehr demokratischen Regeln und ihrem Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben. So fehlen auch die Mittel, staatliche Leistungen zu erhalten und fit für die Zukunft zu machen. Vermögen, Einkommen und in der Folge auch Chancen konzentrieren sich immer stärker auf immer weniger Personen. Viele Menschen sind abgehängt und glauben nicht mehr an ihre Chancen. Damit verspielt unsere Gesellschaft Potentiale von vielen Menschen und mindert damit Chancen auf mehr Wohlstand. Zudem entstehen im Zuge der Digitalisierung immer größere Datenbergen, deren Kontrolle zur neuen Verteilungsfrage wird.

Ein weiteres Problem ist die Krisenanfälligkeit des globalen Kapitalismus, der von den Renditevorgaben der Finanzmärkte getrieben ist und viel zu wenig demokratisch kontrolliert wird. In Finanzkrisen werden ungeheure Werte vernichtet und es werden Unternehmen, Menschen und Staaten in den Ruin getrieben. Mit langanhaltenden Folgen: So steckt die Europäische Wirtschaft sieben Jahre nach der Finanzkrise noch immer tief in einer Spirale aus Massenarbeitslosigkeit, sozialen Verwerfungen und trüben ökonomischen Aussichten.

Wir wollen arbeiten und wirtschaften mit Sinn und für ein Ziel: das gute Leben im Rahmen der ökologischen Tragfähigkeitsgrenzen des Planeten. Das meint für uns in Deutschland Grünes Wirtschaften und nicht das blinde Streben nach Wachstum um des Wachstums willen. Uns geht es vielmehr darum, nachhaltigen Wohlstand zu schaffen, für die Menschen und im Einklang mit der Natur. Viele sehen die großen Chancen einer stabilen Wirtschaft, die nicht auf immer mehr, sondern auf ein gutes Leben für alle zielt. Wir Grüne verstehen es als unsere Aufgabe, aus diesen Chancen ein politisches Angebot zu entwickeln, um erste Schritte zu gehen in eine Wirtschaftsweise ohne Zwang, wachsen zu müssen.

Wir sind davon überzeugt, dass Deutschland für Grünes Wirtschaften Vorreiter, Vorbild und Partner sein kann. Aber dafür braucht es mehr politischen Mut – gerade auch für eine neue GRÜNderzeit. Es gehört zu den Aufgaben einer innovativen Wirtschaftspolitik, Gründungshemmnisse abzubauen. Wir wollen Freiräume schaffen für Kreatives und Innovatives, Orte bereitstellen für TüftlerInnen und Nerds, denen helfen, die etwas Neues wagen wollen. Wir wollen eine Unternehmenskultur fördern, die auf gesellschaftliche Verantwortung, Nachhaltigkeit und langfristige Anlagestrategien setzt, statt auf kurzfristige Renditen.

Alleine werden wir das nicht schaffen. Deswegen streiten wir auch auf europäischer Ebene, denn wir setzen auf die EU als wichtigen Akteur für die Gestaltung der Weltwirtschaft. Dafür muss sie jedoch Wettbewerbsfähigkeit auf der Basis von Nachhaltigkeit definieren sowie hohe soziale und umweltpolitische Standards schaffen. Einer unregulierten Globalisierung stellen wir multilaterale Kooperation unter dem Leitbild der Sustainable Development Goals entgegen. Nur so können wir die Freiheit der Menschen, die für uns im Mittelpunkt steht, erhalten.

Eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft braucht einen handlungsfähigen Staat, der fairen Wettbewerb ermöglicht. Märkte können Innovationstreiber sein. Sie sind eine gute gesellschaftliche Organisationstechnik. Eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft braucht einen handlungsfähigen Staat, der fairen Wettbewerb ermöglicht, Marktversagen verhindert oder korrigiert und Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Stabilität und zukunftsfähigen Wohlstand schafft. Auf Märkten ohne Regeln setzt sich oft der Mächtigste, nicht der Beste durch. Auf Märkten mit fairen Regeln kann sich derjenige mit dem besten Angebot durchsetzen. Wir wollen saubere, transparentere Märkte. Geldwäsche, Korruption und Wirtschaftskriminalität sagen wir den Kampf an. Politik sollte aber auch den Mut haben, solche Regeln gegen die Interessen mächtiger Akteure durchzusetzen. Wenn ein Anruf im Kanzleramt genügt, um Klimaschutz-Ziele in der Autobranche oder härtere Regeln für Banken zu Fall zu bringen, läuft fairer Wettbewerb ins Leere. Wenn Gesetze nicht mehr zum Allgemeinwohl, sondern zum Wohle bestimmter Interessengruppen mit viel Geld gemacht werden, dann schadet das sowohl der Demokratie als auch der Wirtschaft. Das ist Machtwirtschaft – wir streiten stattdessen für eine faire Marktwirtschaft, die dem Gemeinwohl nützt.

Wir sehen viele neue Geschäftsmodelle, die nachhaltig sind. Wir treffen viele innovative Unternehmerinnen und Tüftler, deren Ideen unseren Konsum vom Ressourcenverbrauch abkoppeln können. Es gibt viele Projekte, die andere Unternehmensmodelle oder Lebensweisen austesten und damit vorleben, dass wir im 21. Jahrhundert ein gutes Leben führen können – ohne Raubbau an Mensch und Natur zu betreiben. Sie alle haben unsere Unterstützung. All das muss wachsen und es ist die Aufgabe der Politik dafür die passenden Rahmenbedingungen zu schaffen.

Wir GRÜNE wollen dafür insbesondere vier Kernprojekte anpacken:

1. **Die Wirtschaft ökologisch erneuern.**
2. **Eine soziale Wirtschaftspolitik stärken, die nachhaltigen Wohlstand schafft.**
3. **Fairen Wettbewerb ermöglichen, der das Gemeinwohl fördert.**
4. **Digitalisierung für ökologische und soziale Innovation nutzen.**

Für all das ist gerade auch die Zukunft Europas entscheidend. Doch diese Zukunft ist bedroht wie lange nicht mehr. Wir setzen auf einen Green New Deal für Europa, den wir in einem Beschluss des Länderrats 2015 umfassend beschrieben haben (http://gruenlink.de/yl1).

DIE WIRTSCHAFT ÖKOLOGISCH ERNEUERN!

Der ökologische Umbau ist ein gewaltiges Innovations- und Investitionsprogramm, das unsere Wirtschaft auf neue und gesunde Beine stellt. Es geht darum, weniger zu verbrauchen, aus weniger mehr zu machen und zu erneuerbaren Energiequellen und Rohstoffen überzugehen.

Innovationen von heute entscheiden über die Rohstoffversorgung von morgen. Es geht um ressourceneffiziente Technologien, Erneuerbare Energien, intelligente Stromnetze, neue Werkstoffe, vernetzte Stoffkreisläufe, Modernisierung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, 3-Liter-Autos und Elektromobilität, Stadtumbau und Biolandwirtschaft. Investitionen in die heutige Technik legen die Emissionen von morgen fest.

Ein konsequenter Umwelt- und Klimaschutz beschleunigt den Strukturwandel und schafft Arbeitsplätze. Der ökologische Umbau wird zum Katalysator für zukunftssichere Jobs.

Es ist uns gelungen, innerhalb kurzer Zeit die Technologieführerschaft bei einem Jahrhundertprojekt zu übernehmen: Die Energiewende „made and designed in Germany". Der Ausbau der Erneuerbaren Energien hat bereits hunderttausende neuer Arbeitsplätze geschaffen. Es gibt Potential für noch deutlich mehr, wenn wir die ökologische Erneuerung konsequent weiter vorantreiben. Neue Jobs entstehen nicht nur in den Erneuerbare-Energien-Industrien, sondern auch im Maschinenbau, im Handwerk, im Baugewerbe, in Ingenieurbüros. Deutsche Umwelttechnologie ist ein Exportschlager. Deutschland kann zur grünen Know-how-Schmiede und Werkbank für die Welt werden. Seit 2007 ist der globale Markt für Umwelttechnik und Ressourceneffizienz im Schnitt um 12 Prozent pro Jahr gewachsen und umfasst heute ein Volumen von über 2 Billionen Euro. Bis 2025 wird sich der Markt für grüne Technologien nochmals mehr als verdoppeln.

Wir werden die Unternehmen dabei unterstützen, die Chancen des ökologischen Umbaus zu nutzen und die Märkte der Zukunft zu erobern. Dafür investieren wir in die Verkehrswende und fördern umweltfreundliche Mobilität. Wir fördern den Ausbau der Stromnetze und die energetische Sanierung von Gebäuden und legen einen Energiesparfonds auf. Wir führen eine steuerliche Forschungsförderung für den Mittelstand ein.

Nur wenn die Preise die ökologische Wahrheit sagen, gibt es einen fairen Wettbewerb und profitieren die Unternehmen mit den besten ökologischen Lösungen. Nur mit den wahren Preisen bedeutet Rendite auch Klimaschutz und Artenvielfalt.

Mit einer ökologischen Finanzreform schaffen wir Anreize für Unternehmen, am notwendigen Umbau noch stärker mitzuwirken, statt sich dagegen zu sträuben.

Deutschland gewährt pro Jahr über 50 Mrd. Euro umwelt- und klimaschädliche Subventionen u. a. für fossile Energieträger, die Privilegierung schwerer Dienstwagen, die Luftfahrt oder auch zum Teil ungerechtfertigt für stromintensive Produktionsprozesse. Den schrittweisen Abbau dieser Subventionen müssen wir jetzt zügig voranbringen. Die dadurch jährlich frei werdenden

Mittel von mindestens 9 Milliarden können für die Förderung von nachhaltigen Innovationen, Ressourceneffizienz und moderner Infrastruktur genutzt werden.

Eine grundlegende Reform des europäischen Emissionshandels, die eine dauerhafte Entnahme der derzeit überschüssigen Emissionszertifikate in Höhe von mindestens 2 Milliarden Zertifikaten aus dem Emissionshandelssystem realisiert, ist unerlässlich. Unabhängig davon ist die Einführung eines CO-Mindestpreises im Rahmen eines Klimaschutzgesetzes von beginnend 15 Euro erforderlich, der bis zu einer europäischen Lösung zunächst national eingeführt wird. Wir wissen, dass diese Maßnahmen auch soziale Auswirkungen haben und setzen uns deshalb für einen sozialen Ausgleich ein.

Immer mehr VerbraucherInnen wollen nur nachhaltig produzierte Güter kaufen. Immer mehr ProduzentInnen wollen die Umwelt schonen und auch soziale Ziele verwirklichen. Aber Industrie und VerbraucherInnen werden ein nachhaltiges Zeitalter nicht allein durchsetzen können oder sich in jedem Fall von selbst dorthin aufmachen. Es bedarf politischer Rahmenbedingungen, verbindlichen ökologischen und sozialen Leitplanken.

Innerhalb dieser Leitplanken ist viel Raum für eine Wertschöpfung, die auf nachhaltigem Wege unseren Wohlstand sichert. Wir setzen diese Leitplanken im Dialog mit Unternehmen, Gewerkschaften und der Wissenschaft, durch faire Regeln und ökologische Vorgaben, durch Förderung von Technologien und Wissen, durch Zukunftsinvestitionen, und – wenn es nicht anders geht – auch im Konflikt mit den LobbyistInnen der alten Industrien durch.

Die Finanzmärkte sind zentral für die grüne Transformation der Wirtschaft. Doch es fließt zu viel Geld in fossile Industrien. Wir müssen raus aus fossilen Investitionen. Deshalb: Divestment!

Fossile Industrien noch immer deutlich überbewertet. Insgesamt haben alle Öl-, Gas- und Kohlekonzerne einen Börsenwert von fast fünf Billionen US-Dollar und gehören zu den beliebtesten Anlagen. Es geht darum, großen Konzernen und Investoren deutlich zu machen, dass das Risiko fossiler Investitionen hoch ist. Eine vernünftige Klima- und Energiepolitik wird dazu führen, dass Investitionen in Fossile mittelfristig abgeschrieben werden müssen. Aber dort, wo eine Tür zugeht, gehen mit der ökologischen Erneuerung neue Türen auf – mit Investitionschancen, die nachhaltig Rendite versprechen. Öffentliche Geldinstitute wie die Sparkassen und die öffentliche Hand haben dabei eine Vorbildfunktion. Wir brauchen Transparenz für VerbraucherInnen, damit diese sehen können, ob Aktiengesellschaften, Fonds, Versicherungen und Stiftungen ihr Geld in nachhaltige Investitionen stecken. Genossenschaften oder Umweltbanken wollen wir dabei stärken.

EINE SOZIALE WIRTSCHAFTSPOLITIK STÄRKEN, DIE NACHHALTIGEN WOHLSTAND SCHAFFT!

Eine soziale Marktwirtschaft muss den Menschen dienen – und zwar allen. Gute Wirtschaftspolitik geht nur mit gerechten Chancen und fairen Regeln.

Ein stabiler Sozialstaat und ein gut ausgestattetes und durchlässiges Bildungssystem sind Voraussetzung für eine erfolgreiche arbeitsteilige Wirtschaft. Marktwirtschaft funktioniert am besten, wenn sich Einkommen und Vermögen nicht immer weiter konzentrieren. Deshalb haben wir für den Mindestlohn gekämpft und setzen uns für eine gerechtere Steuerpolitik und Equal Pay ein. Die OECD kritisiert seit langem, die hohe Belastung von kleinen und mittleren Einkommen mit Steuern und Sozialabgaben in Deutschland. Hier herrscht Handlungsbedarf. Marktwirtschaft funktioniert am besten, wenn die Teilhabe an der Wirtschaft und an der Gesellschaft nicht von der Herkunft abhängen. Ein Baustein ist das Bildungssystem: Von der Kita-Qualität über Ganztagesschulprogramme hin zur BAföG-Aufstockung und Verbesserung des Hochschulpaktes.

Neue GründerInnen braucht das Land. Existenzgründungen zu ermöglichen, Freiräume zu schaffen für Kreatives und Innovatives, Orte bereitzustellen für Gründer, Tüftlerinnen und Nerds – das ist sozial, weil es auch bedeutet, dass Menschen ihr (Arbeits-)Leben selbstbestimmt in die Hand nehmen.

Im Erfolgsfall schaffen Gründerinnen und Gründer neue Arbeitsplätze für sich und andere. Sie spielen eine wichtige Rolle in einer Marktwirtschaft, die auf Innovation und umweltfreundliches Wirtschaften setzt. Wir wollen das Potential von GründerInnen nutzen, die bisher weniger im Fokus der Förderprogramme standen – wie Frauen und MigrantInnen. In einigen Bundesländern haben Frauen schon heute einen Anteil an den Gründungen von 40%, Migranten 50%. Zusätzliches Gründungspotential liegt bei Menschen mit Behinderungen sowie GründerInnen, die bereits die Erfahrung aus gescheiterten Gründungen mitbringen. Dazu bedarf es eines besseren Zugangs zu Förderprogrammen wie dem Gründungszuschuss, Maßnahmen, die den Schritt in die Selbständigkeit sozial sicherer machen, sowie den Abbau unnötiger Bürokratie.

Als Teil der Gesellschaft spielen verantwortlich wirtschaftende Unternehmerinnen und Unternehmer eine wichtige Rolle für uns. Wir fördern eine Unternehmenskultur, die auf gesellschaftliche Verantwortung, Nachhaltigkeit und langfristige Anlagestrategien setzt, statt auf kurzfristige Renditen. Strategien ökologischer und sozialer Verantwortung wollen wir gezielt unterstützen.

Weiterbildung ist ein zentraler Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben in der Arbeitswelt und für den Erhalt von Beschäftigung. Das gilt besonders für Menschen mit geringer formaler Bildung.

Wissen schafft Werte und Teilhabe. Wissen ist ein immer bedeutender Wirtschaftsfaktor. Die Anforderungen an die Beschäftigten wandeln sich immer schneller. Damit Ungleichheit sich im

Lebenslauf nicht immer stärker verfestigt, müssen Unternehmen wie Beschäftigte Weiterbildung als Investition in ihre Zukunft erkennen. Auch die Bundesagentur für Arbeit sollte ihre Arbeit weniger auf reine Vermittlung ausrichten, sondern auf Qualifizierung der Geringqualifizierten. Zur Sicherung des Fachkräftebedarfs benötigen wir gleichermaßen qualifizierte AbsolventInnen beruflicher Bildungsgänge wie Hochschulabsolventinnen und -absolventen. Akademische und berufliche Ausbildungsgänge sind in unseren Augen absolut gleichwertig.

Gute öffentliche Institutionen sind für uns das Fundament erfolgreichen Wirtschaftens. Ein Bildungssystem, das unterfinanziert ist und noch viel zu oft Chancenungleichheit zementiert, eine Infrastruktur, die in vielen Regionen zerfällt, Zukunftsinvestitionen, die ausbleiben: All das bedroht unseren Wohlstand und die Wirtschaftskraft unseres Landes.

Wir wollen keinen internationalen Dumpingwettbewerb um niedrige Löhne oder ungerechte Steuersysteme. Für uns heißt gute Standortpolitik, durch Zukunftsinvestitionen unseren Wohlstand nachhaltig zu sichern. Das tun wir mit einem grünen Investitionsplan, der klare Schwerpunkte setzt. Für uns sind Zukunftsinvestitionen vor allem Investitionen in Bildung, Wissen und Kreativität, in Klimaschutz, nachhaltige Mobilität und den europäischen Zusammenhalt. Dafür sind deutlich mehr Mittel notwendig als die Große Koalition bereitstellt.

Wir brauchen ein modernes Einwanderungsgesetz.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Dennoch verfügt die Bundesrepublik über kein nachvollziehbares Einwanderungskonzept. Wir empfehlen, das bisherige Modell der Arbeitskräfteeinwanderung durch ein Kriterien-gesteuertes System zu ergänzen. Auch wollen wir die Potenziale von Menschen besser fördern, die sich bereits im Inland befinden und ihnen den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erleichtern. Sofern sie die Einwanderungskriterien erfüllen, sollen insbesondere Studierende, Auszubildende, AsylbewerberInnen und Geduldete ihren aufenthaltsrechtlichen Status unkompliziert wechseln können.

Die Konzentration von großen Vermögen bei einigen wenigen auf der einen Seite und von Schulden auf der anderen Seite schadet der wirtschaftlichen Stabilität und war einer der Hauptgründe für die jüngste globale Finanz- und Wirtschaftskrise. Gleichzeitig ist zu große soziale Ungleichheit schädlich für die gesamte Gesellschaft.

Damit sich Einkommen und Vermögen nicht immer weiter konzentrieren, braucht es in der Marktwirtschaft umverteilende Steuern und Abgaben wie die progressive Einkommensteuer, eine angemessene Vermögensbesteuerung und ausgleichende Elemente im Sozialversicherungssystem. Dies muss in Deutschland gestärkt werden. Grüne Wirtschaftspolitik will zudem die Regeln für die Marktteilnehmer so setzen, dass die Marktergebnisse selbst, also die Primärverteilung, gerechter werden. Das geht nur mit einem Bündel von Maßnahmen: von besserem Verbraucher- und Mieterschutz über eine Stärkung des Tarifsystems bis hin zu Equal pay.

Die Arbeitswelt verändert sich rasant. Wir müssen die Chancen nutzen und den Risiken vorbeugen. Zur grünen Wirtschaftspolitik gehören faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen, zuverlässige soziale Absicherung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Grüne Wirtschaftspolitik setzt auf eine funktionierende Sozialpartnerschaft und tarifliche Regelungen, die für starke Mitbestimmung sorgen. Wir brauchen Regeln, die verhindern, dass Unternehmen Tarifbindungen unterlaufen oder ausufernd auf Leiharbeit, Werkverträge oder Befristungen setzen. Gleichzeitig gilt es, armutsfeste Absicherungen für Zeiten der Arbeitslosigkeit, längerer Krankheit bzw. Berufsunfähigkeit und für das Alter zu schaffen. Zu guter Wirtschaftspolitik gehört auch, den Rahmen für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen.

Gute Wirtschaftspolitik muss außerdem dafür sorgen, dass der internationale Wettbewerb nicht zu einer Negativspirale im Bereich von Löhnen und Produktionsstandards führt. Dazu gehört, dass Unternehmen, die hier verkaufen, Verantwortung übernehmen müssen für die Produktionsweise und die Arbeitsbedingungen in anderen Ländern.

Sozial ist produktiv. Wirtschaft ist mehr als produzierendes Gewerbe. Wirtschaft, das ist auch care economy als unverzichtbare Voraussetzung für gesellschaftlichen Wohlstand.

Gute soziale Dienstleistungen sind für uns ein elementarer Bestandteil grünen Wohlstands. Wie wir mit unseren Kindern, Alten und Kranken umgehen, ist entscheidend für unsere Lebensqualität. Gute Kinder- und Altenbetreuung ermöglicht es zudem mehr Menschen, zu arbeiten und Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen. Wer mal fest angestellt, mal freiberuflich als digitaler ProjektarbeiterIn flexibel sein soll, der oder die braucht verlässliche Angebote abseits starrer Öffnungszeiten. Zusätzlich bieten ordentlich entlohnte Jobs in der sozialen Arbeit Beschäftigungschancen, die jeder Automatisierung und Digitalisierung standhalten. Wir wollen deshalb soziale Dienstleistungen ausbauen und besser entlohnen. Dafür müssen die öffentliche Hand und die sozialen Träger ausreichend ausgestattet sein.

Die Finanzkrise hat die Schwachstellen einer rein auf Profit basierenden Wirtschaft offenbart. Deshalb wollen wir die Säule der solidarischen Ökonomie weiter stärken – und zwar ohne unnötige Bürokratie.

Hier stehen soziale Innovationen im Vordergrund, die sich am Gemeinwohl orientieren: im Wohnungsbau, im Finanzsektor, im Pflegebereich, in der Landwirtschaft, im Einzelhandel oder im Dienstleistungsgewerbe. Gerade im ländlichen Raum und in benachteiligten urbanen Gebieten, an denen konventionelle Unternehmen weniger Interesse haben, können Sozialunternehmen zu lokaler Produktion, Beschäftigung, Infrastruktur und damit zu funktionierenden Wirtschaftskreisläufen beitragen.

FAIREN WETTBEWERB ERMÖGLICHEN, DER DAS GEMEINWOHL FÖRDERT!

Fairer und effektiver Wettbewerb ist Motor für Innovation und Kreativität, führt zu niedrigeren Verbraucherpreisen und höherer Qualität. Die Innovationskraft und Flexibilität des Mittelstands sind Voraussetzung für die erfolgreiche Gestaltung der ökologischen Modernisierung, der digitalen Revolution und des demografischen Wandels. Deshalb brauchen wir gleiche Wettbewerbsbedingungen für internationale Konzerne und regionalen Mittelstand.

Damit Wettbewerb funktioniert, braucht es gute Marktregeln, die für alle Unternehmen gelten und Transparenz, insbesondere für VerbraucherInnen. Wettbewerbspolitik muss die Konzentration von Marktmacht und Missbrauch verhindern und Kartelle und Korruption bekämpfen. Die Energiewende hat gezeigt, dass sich dezentrale Wirtschaftsstrukturen auszahlen. Es gibt allerdings noch Reformbedarf im Wettbewerbsrecht, etwa bei der Einführung von Verbraucherschutzkriterien oder einer missbrauchsunabhängigen Entflechtungsmöglichkeit.

Internationale Konzerne nutzen aggressiv die Lücken verschiedener Steuersysteme aus. Die Zeche hierfür zahlen auch kleinere und mittlere Unternehmen (KMU). Wir treten für ein Ende der maßlosen Steuervermeidung einiger Großkonzerne ein. Amazon, Ikea und Google sollen genauso viel Steuern zahlen wie der Buchladen um die Ecke.

Schlechte bürokratische Regeln belasten KMU besonders. Viele Förderprogramme sind so ausgestaltet, dass sie nur von großen Unternehmen abgerufen werden. Wir wollen Bürokratie effizienter gestalten und nutzlose Bürokratie beseitigen. Dabei formulieren wir Anforderungen für Umwelt- und Verbraucherschutz, Soziales, Gleichstellung und Transparenz – wichtige Bedingungen für einen fairen Markt. Eine steuerliche Forschungsförderung für KMU stärkt sie im Wettbewerb, vermeidet Bürokratie und honoriert ihre Innovationskraft. Schließlich ist das Vergaberecht eine wichtige Stellschraube für eine soziale und ökologische Wirtschaftsordnung.

Grenzüberschreitender Handel erschließt neue Märkte und Effizienzvorteile und beschleunigt die Verbreitung von ressourcensparenden und umweltschonenden Technologien und Produkten. Aber nur dann, wenn wir soziale und ökologische Standards stärken und nicht allein wirtschaftlichen Erfolg und Deregulierung zum Ziel erheben. Das gilt auch für globale Lieferketten. TTIP steht beispielhaft für eine Politik, die errungene Rechte und Standards bedroht, statt sie zu stärken.

Wir wollen die Globalisierung ökologisch und sozial gerecht gestalten. Wir setzen uns für eine internationale Wettbewerbsordnung ein, die wirtschaftliches Handeln mit der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele, der Achtung der Menschenrechte und der internationalen Umwelt- und Klimaschutzabkommen in Einklang bringt. Wir Grünen begrüßen deshalb grundsätzlich Initiativen zur Vertiefung der Handelsbeziehungen. Dabei stehen wir weiterhin für einen multilateralen Rahmen ein, der fairen Wettbewerb mit Hilfe eines Regelwerks im internationalen Handel zum Durchbruch verhilft. Die vom Rat beschlossenen Mandate für TTIP

und TISA und CETA, sowie der vorliegende Vertragstext für CETA zeigen in die falsche Richtung. Deshalb lehnen wir die Verhandlungsergebnisse ab.
Wir wollen Handelsabkommen, die transparent verhandelt und auch an sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien ausgerichtet sind und die etablierte demokratische und rechtsstaatliche Institutionen nicht in Frage stellen. Es reicht zudem nicht, soziale und ökologische Kriterien nur vor der eigenen Haustür einzuhalten – wir müssen uns dafür einsetzen, dass entlang der gesamten Lieferkette diese Mindeststandards eingehalten werden und Nichteinhaltung sanktioniert wird. Wir können es nicht dulden, dass die Kleidung in unseren Läden zu Hungerlöhnen in Bangladesch hergestellt oder die Rohstoffe für unsere Mobiltelefone in den Minen im Kongo von Kindern geschürft werden. Um das zu verhindern und um die Einhaltung von Menschenrechten und ökologischen Standards nachprüfen zu können, brauchen wir transparente Lieferketten. Außerdem müssen im deutschen Recht bestehende Sorgfalts- und Verkehrssicherungspflichten von Unternehmen auf soziale, ökologische und menschenrechtliche Risikolagen entlang der Lieferkette ausgeweitet werden.

Die Finanzmärkte sind zu groß und zum Kostgänger der Realwirtschaft geworden. Wir brauchen eine grundlegende Reform der Finanzmärkte.

Sie ziehen Milliarden aus der Realwirtschaft ab und destabilisieren das System. Viele Banken sind so groß, dass die Risiken für sie selbst untragbar sind. Deshalb fordern wir europaweit ein Trennbankensystem und langfristig eine harte Eigenkapitalquote von schrittweise 10 Prozent. Zudem müssen wir raus aus der Kurzfristigkeit des Finanzmarktes und den Hochfrequenzhandel eindämmen.

Wir denken Wirtschaft auch aus der Sicht von Verbraucherinnen und Verbrauchern und wir müssen feststellen, dass diese viel zu oft die Leidtragenden sind. Um das zu ändern, müssen wir viele Strukturen grundlegend ändern.

Seit Jahren werden Menschen beim Abschluss von Versicherungen, von Riester- oder Rürup-Renten von den Versicherungskonzernen falsch beraten. Ein zentrales Problem sind provisionsgetriebene Verkäufe. Wir setzen auf die Alternative: Honorarberatung, bei der es irrelevant ist, welches Produkt verkauft wird. Zudem müssen wir die Benachteiligung von VerbraucherInnen bei AGBs beenden. Diese müssen verlässlicher werden, zum Beispiel indem sie in Kooperation mit einer Verbraucherschutzorganisation entwickelt und genehmigt werden müssen.

DIGITALISIERUNG FÜR ÖKOLOGISCHE UND SOZIALE INNOVATION NUTZEN!

Digitalisierung kann ein entscheidender Katalysator für die* grüne Transformation *der Wirtschaft sein.

Nach Prognosen der Global eSustainbility Initiative (GeSi) ließen sich mit Hilfe der Digitalisierung bis 2020 rund 16 Prozent der globalen CO_2-Emissionen vermeiden. Smart City, Smart Home, Smart Grid, Smart Factory können helfen, die Wirtschaft grüner zu machen. Richtig eingesetzt, lassen sich mittels digitaler Technologien Güter effizienter produziert und Verkehrs- und Warenströme intelligenter steuern. Unter der Überschrift Industrie 4.0 wird gerade die Digitalisierung der unterschiedlichsten Wirtschaftssektoren in Angriff genommen – weltweit. Für die industrielle Produktion bedeutet diese Digitalisierung und Vernetzung die Chance, den Verbrauch von Energie und Ressourcen deutlich zu reduzieren, Produkte in kleinster Stückzahl und auf individuelle Anforderungen zugeschnitten industriell zu fertigen und das Abfallaufkommen zu minimieren.

Das Potenzial ist enorm – die Vision ist erst dabei, sich zu klären. Ein Selbstläufer in puncto Effizienz und Nachhaltigkeit ist die digitale Revolution keineswegs, wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen. Es braucht daher eine Politik, die gesellschaftlichen Konsens ermöglicht für eine digitale Wendung nach dem Leitbild der Nachhaltigkeit. Fließen dagegen Effizienzgewinne nur in vermehrten Verbrauch und Konsum, dann stimmt die Richtung nicht. Frisst die Energie- und Effizienzanalyse mehr Strom durch die Datenspeicherung in Rechenzentren, als sie an anderer Stelle einspart, stimmt die Richtung genauso wenig. Sie stimmt auch nicht, wenn Komplexität, das digitale Upgrade, unserer Produkte so weit steigt, dass Recyclierbarkeit oder Reparierbarkeit sinkt und der Ressourcenverbrauch steigt.

Digitalisierung ist mehr als eine technische Revolution – mit ihr verändern sich die Arbeitswelt und die Wertschöpfungsketten in der Wirtschaft rasant. Viele Fragen sind noch offen.

Was passiert, wenn Maschinen „Arbeit wegnehmen"? Was bedeutet es, wenn Digitalisierung und Big Data die Informationsmacht von Unternehmen gegenüber Verbrauchern drastisch steigern? Wie kann man der Sorge begegnen, dass durch extreme Individualisierung die Basis von gesellschaftlicher Solidarität zerstört wird?

Die zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt bringt zahlreiche Chancen wie Risiken mit sich. Mobiles und ortsungebundenes Arbeiten, das Arbeiten im Home Office und die Möglichkeit, den Alltag intelligenter zu planen, eröffnen viele Chancen und neue Freiheiten, gerade auch für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Auf der anderen Seite stehen Risiken wie eine ständige Erreichbarkeit. Durch Digitalisierung entstehen neue Geschäftsmodelle, die staatliche Regulierung vor neue Aufgaben stellt. Ohne klare Spielregeln und ohne ausreichende Qualifikation der ArbeitnehmerInnen sind neue Formen (selbst)ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse eine reale Gefahr, beispielsweise beim sogenannten Clickworking (etwa das simple Zählen von Dingen) oder bei Taxi-Diensten (etwa über digital getriebene

Mobilitätsdienste wie UBER). Hier ist kluge Regulierung notwendig, die neue Geschäfts- und Arbeitsmodelle fördert und gleichzeitig unfairen Wettbewerb und Umgehung bestehender Arbeitsschutzstandards verhindert. Die Debatte um die Zukunft der (Vollzeit-)Arbeit müssen wir daher hier genauso führen wie auch die um berufsbegleitende Qualifizierung und digitale Grundbildung in unseren Bildungs- und Forschungssystemen.

Mit der Digitalisierung stellen sich zahlreiche Fragen und Herausforderungen an die Unternehmen und an die Politik. Nicht auf alle Fragen haben wir schon die Antworten. Wer kontrolliert in der Wirtschaft zukünftig die Wertschöpfungsketten? Wie verändert die Share Economy Konsum- und Verbrauchsmuster? Schaffen wir es, durch die gezielte Förderung von Unternehmensgründungen, durch Forschungsförderung und Clusterbildung die „hardware"-affine deutsche Wirtschaft für das digitale Zeitalter fit zu machen? Wie integrieren wir deutsche Industrie-4.0-Initiativen in die Weiterentwicklung des europäischen Binnenmarktes? Wie nutzen wir die Digitalisierung der Industrie für eine neue Renaissance nachhaltiger Industrie für Gesamteuropa, mit guter Arbeit und effektiven Umweltstandards? Wer besitzt die Daten – den zentralen Rohstoff des digitalen Zeitalters? Wird der Besitz von Daten zum entscheidenden Faktor bei der Herausbildung neuer Monopolstrukturen in der Wirtschaft, bei der klassische Wirtschaftssektoren durch neue Akteure überrollt werden und Wettbewerb untergraben wird? Oder bekommen wir eine Open-Data- und Open-Source-Society, in der – unter strenger Beachtung des Schutzes personenbezogener Daten – Daten beispielsweise der öffentlichen Hand für alle zugänglich und nutzbar sind?